

Antrag 212/I/2024**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****TaskForce zur Verlängerung von Aufenthaltstiteln im LEA**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats
 2 werden aufgefordert umgehend sich dafür einzusetzen,
 3 das die Landesregierung Berlin schnellstmöglich eine ad-
 4 hoc TaskForce bildet, bestehend aus Vertreter:innen der
 5 Innenverwaltung (unter Federführung), der Integrations-
 6 sowie der Sozialverwaltung, des Landesamts für Einwanderung (LEA) sowie der Integrationsbeauftragten und ggf.
 7 Vertreter:innen der Zivilgesellschaft. Ziel dieser TaskForce
 8 ist es, eine kurzfristige Lösung - etwa durch vorübergehenden Abordnungen zum LEA - zu finden, um eine fristgerechte Bearbeitung von Aufenthaltstiteln in Berlin umzusetzen. Zugleich ist zur Gewährleistung der Rechte der Betroffenen umgehend dafür Sorge zu tragen, dass diese nach Antragstellung eine sog. Fiktionsbescheinigung erhalten.

16

17

18 Begründung

19 Das Landesamt für Einwanderung kommt seiner staatlichen Aufgabe derzeit ungenügend nach. Zentral ist die Erteilung von Aufenthaltstiteln, damit sich Eingewanderte und Geflüchtete legal in Deutschland aufhalten. Die aktuellen Wartezeiten für einen Termin beim LEA zur Verlängerung von Aufenthaltstiteln beträgt derzeit bis zu sechs Monate. Dies führt aktuell dazu, dass sich hunderttausende von Migrant:innen ohne gültige und fristgerecht verlängerte Aufenthalte in Berlin aufhalten. Faktisch sind sie illegal, nicht etwa weil sie dies selbst verschulden, sondern weil die staatliche Behörde LEA ihrer Aufgabe nicht nachkommt. Dies führt derzeit zu erheblichen Schwierigkeiten für die Betroffenen. Bis zu einem Termin für die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis erhalten Betroffene auf Nachfrage lediglich eine standardisierte E-Mail, aus der ohne Nennung der Person und ohne amtlich beurkundete Bescheinigung hervorgeht, dass der Aufenthalt grundsätzlich weiter rechtmäßig ist. Diese E-Mail wird von Dritten, etwa Vermietern, Arbeitgebern, Schulen oder Grenzbeamten in den allermeisten Fällen aber nicht anerkannt. Betroffene laufen daher akut Gefahr, ihre Arbeit zu verlieren, haben erhebliche Probleme bei der Wohnungssuche oder erhalten falls berechtigt, mangels gültiger Aufenthaltserlaubnis keine staatlichen Leistungen, zumindest nicht termingerecht. Auch ist es den Betroffenen ohne gültige Papiere nicht möglich ein- und auszureisen, etwa um einen Jahresurlaub anzutreten oder ihre Familien in der ersten Heimat zu besuchen.

47

48 Dies betrifft nicht nur Geflüchtete, die sich erst seit Kur-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****geeinte Fassung****TaskForce zur Verlängerung von Aufenthaltstiteln im LEA**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats werden aufgefordert, sich umgehend dafür einzusetzen, dass der Senat unter Federführung der Innenverwaltung (TaskForce unter Einbindung der SenASGIVA, der Integrationsbeauftragten und dem LEA) schnellstmöglich ressortübergreifend kurzfristige Lösungen erarbeitet, um eine Bearbeitung von Aufenthaltsanträgen und Verlängerungen in Berlin wieder zeitnah und kundenfreundlich umzusetzen und Einbürgerungen schnellstmöglich vorzunehmen. Dabei sind die personellen und sachlichen Ressourcen im LEA kurzfristig zu stärken, digitale Anträge bevorzugt zu fördern und dabei die Beratungsstrukturen und -kompetenzen in Berlin einschließlich der Integrationsbeauftragten einzubinden. Die Möglichkeiten einer unbürokratischen Verlängerung von Aufenthaltstiteln und Duldungen soll großzügig ausgeschöpft werden. Soweit eine unmittelbare Bescheidung nicht möglich ist, ist zur Gewährleistung der Rechte der Betroffenen umgehend dafür Sorge zu tragen, dass diese nach Antragstellung eine sog. Fiktionsbescheinigung erhalten.

49 zem in Berlin befinden, sondern auch alteingesessene
50 Migrant:innen, die noch nicht im Besitz einer Niederlas-
51 sungserlaubnis sind – ab fünf Jahren Aufenthalt und sozi-
52 alversicherungspflichtiger Beschäftigung - und die auf all-
53 jährliche oder zweijährliche fristgerechte Verlängerungen
54 ihrer Aufenthaltstitel angewiesen sind, damit sie und ihre
55 Familien sich legal in Deutschland aufhalten können.

56

57 Durch die Bildung einer TaskForce muss die Landesverwal-
58 tung das Ziel verfolgen, berechnete Aufenthalte schnellst
59 möglichst zu legalisieren. Dazu muss die Aufenthaltsver-
60 längerung neben der Einbürgerung zur obersten Priorität
61 des LEA erklärt werden. Durch die Zusammenarbeit der In-
62 nenfachleute mit den Berater:innen der Integrationsbe-
63 hörde soll eine Problemorientierung gewährleistet sein,
64 die nah an den Bedürfnissen der Betroffenen ist und die
65 den Staat wieder handlungsfähig macht.